

# i Fijáte!

Nachrichten • Informationen • Berichte zu Guatemala

No. 389 11. Juli 2007

13. Jahrgang

## Die Oligarchie und die Wahlen

Als im August 2003 der guatemaltekische Unternehmerverband CACIF seinen Vierjahres-Entwicklungsplan vorstellte, kam er darin zu dem Schluss: "Wir sind davon überzeugt, dass die heutigen Herausforderungen nicht mehr sektorieller sondern nationaler Art sind." Seither propagiert der Unternehmerverband, der die Interessen der guatemaltekischen Oligarchie vertritt, seine neue „Vision des Landes“, die er in Zusammenarbeit mit VertreterInnen sozialer und linker Organisationen erarbeitet hat. Entsprechend ist es auch nicht weiter erstaunlich, dass der CACIF die Kandidatur der Friedensnobelpreisträgerin Rigoberta Menchú begrüsst und unterstützt. Handelt es sich hier um einen Gesinnungswandel oder um eine politische Strategie?

Es gibt zwei Interpretationen für dieses Phänomen: Auf der einen Seite steht die Meinung, dass es sich um eine Strategie der Oligarchie handelt, linke und indigene Kräfte einzubinden, um so jegliche Kritik am CACIF und seiner Politik einzudämmen. Dahinter würde keinerlei Umdenken stecken, sondern schlicht und einfach politische Interessen. Auf der anderen Seite gibt es diejenigen, die den neuen Diskurs und die entsprechende Umsetzung als Resultat eines Bewusstseinsprozesses innerhalb der wirtschaftlich starken Gruppen sehen. Die neue Sorge um die nationalen Probleme und die Unterstützung der Kandidatur von Rigoberta Menchú seien Ausdruck einer veränderten Perspektive und seit sich verschiedene wirtschaftlich starke Gruppen mit dem Ziel, „Guatemala zu retten“, in der GANA zusammengeschlossen haben, um die Wiederwahl der *Republikanischen Front Guatemalas* (FRG) zu verhindern, seien die Zeiten vorbei, wo man der Oligarchie mangelndes nationales Interesse vorwerfen könne.

Im folgenden Artikel versucht der Ethnologe und Analyst Jorge Murga dieses Phänomen zu erklären und geht dabei hart ins Gericht mit gewissen linken und indigenen ProtagonistInnen.

Einige Analysten trauen der Oligarchie ein enormes Entwicklungspotenzial zu: Seit sie begriffen habe, dass die heutigen Probleme nicht mehr sektorieller sondern nationaler Art seien, habe sie aufgehört, unterdrückerisch, ausbeuterisch und rassistisch zu sein. Wer diese Position vertritt, beruft sich auf Ereignisse jüngerer Datums: Die beiden letzten Regierungen oligarchischer Herkunft (diejenigen von Alvaro Arzú und Oscar Berger) haben sich durch ihre Strassen- und Brückenbauprojekte ausgezeichnet und waren ausserdem nicht in Korruptionsskandale verwickelt. Es ist der CACIF gewesen, der sich der Regierung von Alfonso Portillo entgegenstellte, als dieser zusammen mit korrupten Militärs und Drogenbossen die Staatskassen leerte, und hat somit im wahrsten Sinne des Wortes die „nationalen Interessen“ verteidigt. Weiter zeigt der CACIF in seinen jüngeren Dokumenten die Bereitschaft, „Strukturen aufzubauen, die auf dem sozialen Konsens verschiedener Akteure beruhen“, und will jedem dieser Akteure seinen Platz und seine Rolle zugestehen, damit die guatemaltekische Demokratie auch funktionieren könne. Zitat aus einem CACIF-Papier: „Alle Guatemalteken, unabhängig ihrer ethnischen, sozialen oder politischen Herkunft, sollen die Früchte des wirtschaftlichen, politischen und sozialen Systems ernten können und Gelegenheit haben, die Lebensbedingungen für sich und ihre Familien zu verbessern“. Entsprechend muss man die Unterstützung durch die Unternehmer Dionisio Gutiérrez und Juan Luis Bosch Gutiérrez der Partei *Encuentro por Guatemala*, für die Rigoberta Menchú als Präsidentin und der ehemalige CACIF-Präsident Fernando Montenegro als Vizepräsident kandidieren, in diesem Lichte sehen.

Die Oligarchie nimmt den Begriff Demokratie gar so ernst, dass sie ihre Unterstützung nicht auf eine Partei beschränkt. Dieselbe Familie Gutiérrez-Bosch, die Rigoberta unterstützt,

finanziert auch gleich die *Patriotische Partei* von Otto Pérez Molina mit.

Die Regierungspartei GANA finanziert ihre Wahlpropaganda nicht nur aus den Staatskassen, sondern auch mit Geldern eines anderen Flügels der Familie Gutiérrez-Bosch, sowie der Familien Castillo, Novella, Díaz Durán, Vila und Berger-Widmann, sämtliche der Oligarchie angehörend. Ebenso wird die *Nationale Einheit der Hoffnung* (UNE) von Alvaro Colóm sowohl von der besagten Familie Gutiérrez-Bosch, aber auch von der Familie Botrán mitfinanziert. Und so ist dies bei verschiedenen anderen Kandidaten der Fall. Der soziale Bewusstseinsprozess der Oligarchie beschränkt sich also nicht nur auf schöne Worte, sondern es werden Hunderte von Millionen in den nächsten Präsidenten oder die nächste Präsidentin investiert, um sicher zu sein, dass er oder sie auch gewissenhaft die unternehmerische „Vision des Landes“ umsetzt.

Wer die These des Bewusstseinsprozesses der Oligarchie ablehnt, erkennt immerhin eine Veränderung in deren Diskurs und im politischen Handeln an. KritikerInnen sehen dahinter jedoch eine Strategie, deren politisches Ziel die Vereinnahmung von linken und indigenen Persönlichkeiten ist: Nineth Montenegro, Rigoberta Menchú (Kongress- bzw. Präsidentschaftskandidatin von *Encuentro por Guatemala/ Winaq*), Rosalina Tuyuc (Leiterin des *Nationalen Versöhnungsprogramms* PNR), Manuela Alvarado (ehemalige Kongressabgeordnete der linken FDNG, Mitglied der politischen Indígena-Frauengruppe Moloj), Frank LaRue (Leiter der präsidialen Menschenrechtsstelle CO-PREDEH), Mario Polanco (*Gruppe gegenseitiger Hilfe* GAM) u.a., um über diese Personen die politische Kontrolle zu wahren. Entsprechend geht es hier nicht um eine

Veränderung in der Art und Weise, wie sich die Oligarchie als soziale Gruppe denkt oder, wie sie das Land und seine BewohnerInnen wahrnimmt. Die Oligarchie wird aufgrund ihrer kolonialen Geschichte, die auf Ausbeutung, Vertreibung, Unterdrückung und Rassismus beruht und 514 Jahre dauerte, nicht so schnell in der Lage sein, die Eigenwahrnehmung (als eine Klasse für sich) sowie die Wahrnehmung des Landes (als ihre Finca) und die Aufteilung seiner BewohnerInnen in „Indios“ und „Ladinos“, zu verändern. Wenn es also jetzt so scheint, als wäre die Oligarchie offen „für die Zeichen der Zeit“, wie z.B. die Identität und Rechte der indigenen Bevölkerung oder die Menschenrechte, so hat das weniger mit ihrer Kapazität zu tun, sich der aktuellen politischen Situation anzupassen (Friedensabkommen, Demokratisierung, Globalisierung), sondern vielmehr mit ihrem Wissen darum, dass der Staat strategisch wichtig ist für die wirtschaftliche Entwicklung und schliesslich für die erfolgreiche Abwicklung ihrer Geschäfte.

Es ist verständlich, dass diejenigen, die an das Phänomen der Bewusstseinsbildung innerhalb der Oligarchie glauben, einen gewissen Optimismus ausstrahlen. Analysieren wir aber den Diskurs etwas genauer und schauen ein bisschen zurück.

Die demagogische Art eines Alfonso Portillo, die er versteckte, indem er allen das sagte, was sie hören wollten, traf die guatemaltekische Oligarchie unvorbereitet. Sie war es bisher gewohnt, jeweils den Kandidaten zu unterstützen, der am ehesten Aussichten auf einen Wahlsieg hatte und der bereit war, ihre Bedingungen zu akzeptieren (auch Portillo wurde in seiner Wahlkampagne von Dionisio Gutiérrez und Juan Luis Bosch Gutiérrez unterstützt). Doch kurz nach seinem Amtsantritt öffnete Portillo den Markt für Produkte, auf die die Oligarchie das Monopol hatte (Zucker, Geflügelfleisch, Bier, Zement, Düngemittel u.a.) und begünstigte damit eine Gruppe aufstrebender Unternehmer, die nicht der klassischen Oligarchie angehören. Weiter kündigte er eine Steuerreform an, die gegen die Interessen des CACIF war. Somit endete die Freundschaft Portillo/CACIF.

Es begann eine ideologische Kampagne gegen die „korrupteste Regierung der Geschichte“ und gegen die „populistischen Ausbrüche“ eines Präsidenten, der versucht, sich mit seinen demagogischen Diskursen die Unterstützung der Bevölkerung zu sichern. Und es ist ausgerechnet Alfonso Portillo, der beim Versuch sich zu verteidigen, auf die Korruptionsmethoden der Oligarchie hinweist: „Meine Regierung ist nicht die

korrupteste Regierung, sondern diejenige, über deren Korruptionsfälle am meisten geschrieben wird. Sicher gibt es in meiner Regierung Korruption, ich habe das nie abgestritten und ich habe es auch denunziert. Aber es muss auch gesagt werden, dass meine Regierung nie über die grossen Summen der Privatisierungen und Konzessionsvergaben verfügt hat wie andere.“ Portillo wies damit auf ein wichtiges Thema hin: Es gibt veröffentlichte Korruption und es gibt unveröffentlichte Korruption. Wenn wir davon ausgehen, dass es nicht nur die Geldhinterziehungskorruption gibt, wie sie unter Portillo stattgefunden hat, sondern dass auch die dreiste und von der Oligarchie betriebene Instrumentalisierung des Staates zur Erlangung von individuellen oder sektoriellen Privilegien eine Form von Korruption ist, kommen wir unweigerlich auf die Beträge in Millionenhöhe zu sprechen, welche diese Gruppen über die Privatisierungen und Konzessionierungen während den Regierungen von Alvaro Arzú und Oscar Berger abgezweigt haben.

Die jüngeren Dokumente und Vorschläge des CACIF, die sich listigerweise auf Symbole, Prinzipien und Werte der Mayas berufen in der Absicht, die Bevölkerung von ihrem Bewusstseinswandel zu überzeugen, legen deutlich die Absichten der Oligarchie offen: Es geht darum, die rechtlichen und politischen Bedingungen zu schaffen, um sich im Rahmen der neoliberalen Globalisierung, die eine Reduzierung des Staates und eine Konsolidierung des Marktes propagiert, die nationalen Ressourcen anzueignen. Diese Absicht kann auch die beste soziale Rhetorik in den Dokumenten nicht verdecken.

Diese Rhetorik floss bereits 2003 in die Regierungspläne der meisten Parteien im Umfeld des CACIF ein und führte zur Wahl des unternehmerfreundlichen Oscar Berger mit seinem Wahlslogan „Mit Berger gewinnen wir alle“. Seit seinem Amtsantritt hat er jedoch diverse Massnahmen ergriffen, die dem neuen Leitspruch des CACIF „Wir sind davon überzeugt, dass die heutigen Herausforderungen nicht mehr sektorieller sondern nationaler Art sind“ diametral entgegenstehen und klar den sektoriellen Interessen der Oligarchie entsprechen.

- In seinen ersten Regierungstagen begünstigte Berger den nationalen Zuckersektor, indem er eine Erhöhung des Zuckerpreises auf dem guatemaltekischen Markt erlaubte.

- Das Recht auf Leben der BäuerInnen verneinend, jedoch das Recht der Grossgrundbesitzenden auf Privateigentum schützend, beginnt acht Tage nach Regierungsantritt von Berger eine Reihe gewaltsamer Räumungen von Fincas,

die von landlosen BäuerInnen besetzt waren.

- Mit der Vergabe von Lizenzen zur Ausbeutung von Minen in diversen Gemeinden im ganzen Land, negiert die Regierung von Berger das Recht der Bevölkerung auf Meinungsäusserung zu und Mitsprache bei solchen Projekten und es beginnt eine gewaltsame Repression gegen alle, die für dieses Recht einstehen.

- Trotz offensichtlichem Widerstand seitens eines grossen Teils der Bevölkerung, unterzeichnet die Administration Berger im Jahr 2005 das Freihandelsabkommen mit den Vereinigten Staaten und begünstigt damit eine kleine Gruppe guatemaltekischer Agroexporteure.

- Der Konkurs der Banken BANCAFE und *Banco de Comercio* Ende 2006 und die damit einhergehende Bereicherung ihrer Besitzer (darunter Mitglieder der guatemaltekischen Oligarchie), beraubte Millionen von GuatemaltekInnen ihrer hart erarbeiteten Ersparnisse und begünstigte die Konsolidierung einiger Banken, die im Besitz gewisser Familien der Oligarchie sind.

- Die neoliberale Wirtschaftspolitik der GANA-Regierung, die sich radikal von nationalistischen Wirtschaftspolitiken gewisser südamerikanischer Länder unterscheidet, die effektiv versuchen, im Interesse ihrer Bevölkerung zu handeln (Venezuela, Bolivien, Ecuador), begünstigt das expansionistische und imperialistische Projekt der USA sowie eine kleine Gruppe von UnternehmerInnen oder grosse nationale oder ausländische Unternehmen, welche die Wahlkampagnen einzelner KandidatInnen finanzieren, um ihre Macht aufrechtzuerhalten und um weiterhin unser nationales Eigentum auszubeuten.

### Schlussfolgerungen

Die guatemaltekische Oligarchie hat in den letzten Jahren versucht, in ihren Diskurs eine soziale und ethnische Rhetorik zu integrieren, die einen Bewusstseinswandel vorgeben sollte und hat gleichzeitig das pure Gegenteil von dem gemacht, was sie mit ihrem ideologischen und publizistischen Apparat hat glaubhaft machen wollen. Viele Leute, sei es aus ideologischen Gründen, aus Opportunismus, Unwissen oder politischer Naivität, sehen in diesem Diskurs das Resultat einer positiven Entwicklung zur Lösung nationaler Probleme. Wenn wir aber die Vorschläge und Programme genauer analysieren und mit der Realität vergleichen, erweist sich diese soziale Rhetorik als pure Demagogie. Und: Je mehr eine Person sich der Oligarchie verpflichtet, umso weniger denkt sie ans Wohlergehen ihrer Mitmenschen.

## Gerardi und die Politiker

**Guatemala, 2. Juli.** „Die Kunst des politischen Mordes“ heisst der Titel des neuen Buches des US-amerikanisch-guatemaltekmischen Schriftstellers Francisco Goldman, das schon vor seiner Erstveröffentlichung auf Englisch vor allem in Guatemala hohe Wellen geschlagen hat. Mitten in der Wahlkampagne lässt Goldman nämlich die Bombe platzen, der Präsidentschaftskandidat Otto Pérez Molina sei massgeblich in die Ermordung von Bischof Juan José Gerardi involviert und legt mit seinem Buch die vermeintlichen Beweise vor. Pérez Molina leugnet sämtliche Anschuldigungen und behauptet seinerseits, Goldman schreibe im Auftrag und finanziert von seinen politischen GegnerInnen, die er jedoch nicht beim Namen nennt; Goldman hingegen droht er mit einer Klage.

Diese Nachricht erschien Anfang Juni in den guatemaltekmischen Sonntagsmagazinen kurz nachdem das Verfassungsgericht die Ratifizierung der gegen die im „Fall Gerardi“ verurteilten zwei Militärs (Byron Lima Oliva und Byron Disrael Lima Estrada) sowie den Priester Mario Orantes bestätigte. Das *Menschenrechtsbüro des Erzbischofs* (ODHA) kritisierte die Verzögerung, mit der die Ratifizierung öffentlich gemacht wurde, denn offenbar fiel das Urteil schon im letzten September, doch der bis vor kurzem amtierende Präsident des Verfassungsgerichts, Alejandro Maldonado Aguirra, hatte das Dossier unter

Verschluss gehalten, ist er doch ein guter Freund vom damaligen Präsidenten und aktuellen Bürgermeister der Hauptstadt, Alvaro Arzú, unter dessen Regierung Lima Oliva für den (unterdessen aufgelösten) *Generalstab des Präsidentschafes* (EMP) tätig war. (siehe ¡Fijáte! 385) Ex-Verfassungspräsident Maldonado und Arzú kennen sich seit ihrer gemeinsamen Parteizugehörigkeit zur *Movimiento de Liberación Nacional* (MLN), der ultrarechten Partei, die im Zusammenhang mit der Konterrevolution von 1954 gegründet wurde. Eine Zeit lang machte im Hinblick auf die aktuellen Wahlen das Gerücht die Runde, Maldonado und Arzú könnten als Präsident- und Vizepräsidentenkandidaten für die *Partido Unionista* (PU) kandidieren, was jedoch nicht der Fall ist. Mit dem nun öffentlich gemachten Verfassungsgerichtsurteil muss die Staatsanwaltschaft auch endlich die längst angeordneten Strafuntersuchungen gegen den ehemaligen Chef des EMP, Rudy Pozuelos Alegría, und andere Mitglieder der Institution einleiten. Rudy Poluecos kandidiert übrigens in den kommenden Wahlen als Kongressabgeordneter des Departaments Chimaltenango für die obengenannten *Unionistas* (PU).

In seinem Buch lässt Francisco Goldman durchscheinen, dass Otto Pérez Molina in der Nacht der Ermordung von Bischof Gerardi mit Byron Lima Oliva zusammengetroffen war. Ebenfalls zitiert Goldman den seitens der *UN-Mission für Guatemala* (MINUGUA) für die Untersuchung Verantwortlichen, Rafael Guillamón, der bezeugt, dass die Rekrutierung des Obdachlosen Rubén Chanax Sontay als Informanten des EMP aufgrund eines Befehls von Pérez Molina erfolgte. Chanax ist einer der Hauptzeugen im Mordfall Gerardi und seine Aussagen trugen massgeblich zur Verurteilung der beiden Militärs und Orantes bei.

Pérez Molina leugnet, etwas mit der Anstellung von Chanax zu tun zu haben und behauptet, er sei in der Mordnacht gar nicht in Guatemala sondern in den Vereinigten Staaten gewesen. Goldman hingegen will im Besitz von Unterlagen der Migrationsbehörde sei, die beweisen, dass Pérez Molina im Land war.

Überhaupt beschwert sich Pérez Molina, dass ihn Goldman für sein Buch nicht interviewt habe. Dieser meint dazu: „Ich habe ihn nicht interviewt, weil ich nicht daran glaube, dass die in das Verbrechen involvierten Personen die Wahrheit sagen. Es wurde mir bald klar, dass mir das Gespräch mit Militärs nichts

bringen würde.“ Ausserdem sagte der Autor, ihn interessiere die guatemaltekmische Politik nicht, er habe sein Buch für ein US-amerikanisches Publikum geschrieben.

Einen Seitenhieb lanciert Goldman auch auf die beiden AutorInnen Maite Rico und Bertrand de la Grange, die ihrerseits 2003 ein Buch mit dem Titel „Wer tötete den Bischof“ schrieben (siehe ¡Fijáte! 299), indem er behauptet, die beiden hätten im Auftrag von Ex-Präsident Arzú geschrieben, eine These, die von Edgar Gutiérrez, ehemaliger Mitarbeiter der ODHA und Leiter des *Sekretariats für strategische Analysen* (SAE) unter der Regierung von Alfonso Portillo, seit langem aufrechtgehalten wird. In dem Buch von Rico und de la Grange werden nämlich ein paar Dinge genannt, die für die Katholische Kirche eher unangenehm sind, z.B. die potentielle Homosexualität von Pfarrer Orantes oder die Anwesenheit von Ana Lucía Escobar am Tatort, Patentochter eines hohen Kirchenmannes und Mitglied einer Erpresserbande, weshalb seitens der ODHA alles daran gesetzt wurde, das Buch zu diffamieren. Umgekehrt ist es aber etwas verwunderlich, dass Gutiérrez und OHDA-Kollege, Ronal Ochaeta, (beide haben eng mit Gerardi zusammengearbeitet) später zur Regierung der FRG unter Präsident Portillo überwechselten, unter der dann auch die Verurteilung der beiden Limas und Orantes stattfand.

Derweil veröffentlichte der im Gefängnis sitzende Byron Lima Oliva auf seiner Webseite ein Video unbekannter Herkunft, mit dem er seine Unschuld beweisen will und Chanax als einen zweifelhaften Zeugen, der mehrmals seine Aussagen änderte, beschreibt. Das Video zeigt auch grauenhafte und brutale Bilder der Enthauptung von Obdulio Villanueva, der dritte Militär, der im Zusammenhang mit der Ermordung von Bischof Gerardi verurteilt wurde, der jedoch während eines Gefängnisaufstands im Jahr 2001 umgebracht wurde.

Byron Lima Oliva hat ausserdem eine Untersuchung einleiten lassen gegen drei Gefängniswärter, die ihm am 22. Dezember 2006 die Augen verbunden, ihn geschlagen und gefoltert haben sollen. Ein medizinisch-forensischer Bericht bestätigt diese Aussage. Ebenfalls von Lima Oliva in diesem Zusammenhang angeklagt ist der damalige Chef des Gefängniswesens und heutige Präsidentschaftskandidat für die Regierungspartei GANA, Alejandro Giammatei, bei den Wahlumfragen von Ende Juni auf dem dritten Rang hinter Otto Pérez Molina.

### ¡Fijáte!

**Herausgegeben von:  
Solidarität mit Guatemala e.V.**

**Bankverbindung:  
Postbank Karlsruhe**

**BLZ: 660 100 75  
Kto. -Nr.: 32 95 01-751**

**Redaktion:  
Barbara Müller**

**Christiane Treeck  
c-tree@gmx.net**

**Aboverwaltung:  
Ewald Seiler  
Rahel-Varnhagen-Str. 15  
79100 Freiburg  
fijate@web.de**

**Jahres-Abo: 55.- €  
Auslands-Abo: 60.- €  
E-Mail-Abo: 50.- €**

**Erscheinungsweise 14-täglich.  
Nachdruck mit Quellenangabe  
erwünscht.**

**www.guatemala.de/fijate**

## Die Russen waren da! Und noch viele mehr

**Guatemala, 7. Juli.** Unter Begleitung eines starken Sicherheitstrosses fand Anfang Juli die 119. Versammlung des *Internationalen Olympischen Komitees* (IOC) in Guatemala statt, um letztendlich Russland als Austragungsort für die Winterspiele 2014 auszuwählen. Die guatemaltekische Sicherheitscrew aus Polizei und Militär wurde unterstützt von einer französischen Antiterror-Spezialeinheit.

Eine Reihe hochrangiger Funktionäre gaben sich die Ehre: Russlands Präsident Putin, Roh Moo-Hyun, Präsident Südkoreas, und der österreichische Außenminister Alfred Gusenbauer als jeweilige Repräsentanten der sich zur Wahl stellenden Länder. Neben IOC-Präsident Jaques Rogge war auch der Adel vertreten: die spanische Prinzessin Pilar, Scheich Tamiz al-Thani aus Qatar, Prinz Wilhelm der Niederlande, Prinz Albert II von Monaco, Grossherzog Jean von Luxemburg, Prinzessin Nora von Liechtenstein sowie OPEC-Präsident Jaque al-Sabah aus Kuwait, die russische Tennisspielerin Maria Sharapova und FIFA-Präsident Joseph Blatter.

Guatemalas Autoritäten nutzten die zweieinhalbminütige weltweite Fernsehübertragung, um sozio-ökonomische wie kulturelle Aspekte sowie einige touristische Attraktionen des Landes anzupreisen. Auch Präsident Oscar Berger ersparte sich einige Reisen und traf sich den Grossen. So gewährte ihm Vladimir Putin eine halbe Stunde, um diverse Verträge der Zusammenarbeit zu unterzeichnen. Darunter Programme zum Bau von Strominfrastruktur, Spitzentechnologie, Bildung und nicht-traditioneller Produkte wie Blumen und Möbel. Von besonderer Relevanz ist die Ankündigung Russlands, die Einfuhrzölle von guatemaltekischem Zucker zu senken, Mengenbeschränkungen aufzuheben und so Guatemala bis 2013 zum Meistbegünstigten Importland zu machen. Im letzten Jahr machten die Zuckerimporte nach Russland US-\$ 6,73 Mio. aus, 25% des Produktverkaufs ins Ausland insgesamt. Russland steht an erster Zuckerimportlandstelle, Guatemala an fünfter der Zuckerexportierenden Länder.

Kaffee ist ein weiteres Produkt, das im bilateralen Austausch begünstigt werden könnte. Derzeit erhält Russland 12'000 Zentner guatemaltekischen Kaffee pro Jahr, zum Grossteil exportiert über Deutschland. Das russische Kaffee-Konsumpotential liegt jedoch bei 100'000 Zentnern, meint die guatemaltekische Kaffeevereinigung ANACAFE.

Mit Roh Moo-Hyun vereinbarte Berger die Aufhebung der jeweiligen Vi-

sumspflicht, um die Mobilität von Personen aber auch die Investitionen zu erleichtern. Kooperationsprogramme sollen sowohl in Bildungsinformatik sowie in die technische Zusammenarbeit fliesen. Guatemala ist der Haupthandelspartner für Südkorea in der Region und der dritt wichtigste ganz Lateinamerikas.

Scheich Tamiz al-Thani aus Qatar bekundete derweil neben dem Tourismus-Sektor vornehmliches Interesse an dem Abbau von Erdöl und Flüssiggas.

Frauenrechtsorganisationen nutzten die internationale Präsenz, um um Unterstützung von Aktionen zur Beseitigung des Mordes an Frauen zu bitten. Allein in 2007 haben bereits 200 Frauen ihr Leben durch Gewalt verloren. Die AktivistInnen demonstrierten vor dem Hotel, in dem die IOC-Sitzung stattfand. Diese Instanz verfolgte schliesslich zwi-

schen ihrer Vision und Mission die Absicht, den Frieden weltweit zu fördern. Guatemala erreiche jedoch niemals Frieden, wenn nicht vehement die Gewalt gegen Frauen und deren krassester Ausdruck, der Femizid, getilgt würden. Parallel zu der Aktion auf der Strasse traf sich eine Delegation mit VertreterInnen des IOC, um mögliche Hilfsmassnahmen zu bereden.

Zur Überraschung der DemonstrantInnen wurden sie mit Gewalt von 50 AgentInnen der *Nationalen Zivilpolizei* vertrieben, die auf den entgegenkommenden Vorschlag, sich friedlich zurückzuziehen nur mit noch schärferen Drohungen antworteten. Die völlig friedlich demonstrierenden Organisationen denunzierten die Repression und verliessen ihrer Sorge um die Demonstrations- und Meinungsfreiheit Ausdruck.

## Otto Herrera gefasst

**Guatemala, 27. Juni.** Er ist (wieder einmal) gefasst: der Guatemalteke Otto Roberto Herrera García, meistgesuchter Drogenboss von der Justiz in Mexiko, Guatemala, den USA und El Salvador. Festgenommen wurde er in Kolumbien. Schätzungen zufolge schaffte er monatlich auf verschiedenen Wegen über Mittelamerika zwischen 5 und 7 Tonnen Kokain in die USA. Erst einmal bleibt er in Kolumbien, bis feststeht, an welches der vier Länder, die ihn auf der Liste haben, er ausgeliefert wird.

Guatemala kann dabei wohl weder einen angemessenen Gerichtsprozess noch die Sicherung seiner Verwahrung gewährleisten. Ausserdem bestehen gar keine Auslieferungsabkommen zwischen mit Kolumbien. Im Mai 2005 war Herrera zuletzt aus einem Gefängnis in Südmexiko entkommen, zum Preis von US-\$ 2 Mio., die er an die Gefängnisautoritäten zahlte.

Die USA setzten bereits US-\$ 2 Mio. für Informationen über den Aufenthaltsort von Herrera aus, einem der 40 meistgesuchten Verbrecher der USA, der Mitte Juni aus Mexiko unter falschem Namen als Händler diverser Produkte in Kolumbien einreiste. Im dortigen Gefängnis wurden die Sicherheitsvorkehrungen bereits verstärkt, gleich bei seiner Festnahme versuchte Herrera seine Häsher mit US-\$ 5 Mio. zu schmieren.

Laut Informationen der guatemaltekischen Kriminalpolizei, die auf die Aussagen von BewohnerInnen aus Zacapa und Izabal zurückgehen, ist

Herrera allein in diesem Jahr mindestens viermal nach Guatemala eingereist, in Privatflugzeugen. Dabei besuchte er seinen Bruder und kümmerte sich um seine Geschäfte und seine rechtliche Situation. In Guatemala hängt Otto Herrera, neben 20 weiteren Klagen, zusammen mit seinen drei Brüdern eine Anklage wegen Geldwäsche von knapp US-\$ 14,5 Mio. an, die 2003 in einem seiner Wohnhäuser lokalisiert wurden.

Die Festnahme von Herrera fand kurz nach dem Internationalen Antidrogengipfel in Madrid, Spanien, statt, auf dem die meisten der anwesenden Antidrogenchefs von 90 Ländern keine Ahnung von Herrera hatten, der am Ende nicht nur als Hauptdrogenboss Zentralamerikas eingestuft wurde, sondern dessen Festnahme auf internationaler Ebene als Priorität eingeräumt wurde.

Sylvia Gereda Valenzuela beschreibt in der Tageszeitung *elPeriódico* Herreras Karriereaufstieg. Bereits sein guatemaltekisches Leben war demnach voller Glimmer und Glamour, seine Söhne besuchten eins der teuersten Colleges des Lande und seine US-amerikanische Frau war auf allen gesellschaftlichen Events zugegen. Eine Yacht, ein LKW-Park, die neuesten Autos, eine Finca in Río Dulce und zwei Chalets in Punta de Palma, Häuser in den teuersten Zonen der Hauptstadt und eine Sammlung andalusischer Pferde, für deren Fütterung er jeweils 5'000 Quetzales im Monat ausgab gehörten ihm.

## Bergers "gerechter und solidarischer Ort"

**Guatemala, 5. Juli.** Heuer wurde er zum dritten Mal wieder öffentlich begangen, der Nationaltag der Armee am 30. Juni, Datum, das 1871 die Liberale Revolution markierte. Seit 1997 war die Feier in Folge der Friedensverträge suspendiert, 2005 jedoch unter Präsident Oscar Berger und mit der Erklärung des damaligen Verteidigungsministers Aldana, eine „Botschaft der Einheit“ an die Streitkräfte senden zu wollen, wieder eingeführt worden. (siehe Fijate ¡338!).

Während dieses Jahr die Militärparade durch die Stadt zog, kam es zu zahlreichen Zusammenstößen zwischen den Sicherheitskräften und Angehörigen von Opfern des internen bewaffneten Konfliktes. Rund 200 Jugendliche, von denen die meisten zu der Organisation *Söhne und Töchter für die Identität und Gerechtigkeit, gegen das Vergessen und das Schweigen* (HIJOS) gehörten, sowie MenschenrechtsaktivistInnen forderten, dass die Verbrechen, die während des Konflikts vom Militär begangen wurden, bestraft werden. Derweil wohnten RegierungsfunktionärInnen, DiplomatInnen sowie Angehörige der Militärs dem Festakt bei.

Mit dem Ruf „Mörder, Mörder!“ warfen die Demonstrierenden Plastikflaschen mit roter Farbe als Symbol für das vergossene Blut. Nur Minuten später antworteten die Sicherheitskräfte mit Schlagstöcken und Tränengas, um sie auseinander zu treiben. „Dieser Tag sollte als Gedenktag an den Völkermord begangen werden und nicht, um diesen zu feiern. Wir fordern Gerechtigkeit für die Tausenden von Verschwundenen“, erklärte Wendy Méndez, eine der AktivistInnen. Eduardo Hernández von HIJOS hob hervor: „Trotz der Friedensverträge zeigt die Ausbildung neuer SoldatInnen, dass die Regierung weitermacht mit der Einweisung des Militärs, um die sozialen Bewegungen und den Kampf der BürgerInnen zu unterdrücken, wenn sie diese für eine Bedrohung ihrer Interessen hält“.

Präsident Oscar Berger hielt bei der Veranstaltung eine seiner letzten Reden: „Dies ist das letzte Mal, dass ich mich an Sie als Ihr Oberbefehlshaber wende“, dramatisierte er. „Seit sie besteht, hat die guatemaltekeische Armee ihre Loyalität und ihren Respekt gegenüber diesem Vaterland bezeugt, sowie ihr tiefes Interesse am Wohlergehen der Bevölkerung, dem Kampf gegen den Drogenhandel sowie den nationalen wie internationalen Terrorismus“. Des Zynismus nicht genug schloss der Präsident: „Wenige Monate, bevor ich die Flagge dem neuen Präsidenten von Guatemala überreiche, den das Volk wählt, möchte ich Ihnen versichern, dass wir gemeinsam mit unserer Armee Schulter an Schulter

daran gearbeitet haben, aus diesem Land einen gerechten und solidarischen Ort zu machen.“

Wenige Minuten nach der ersten Konfrontation zwischen DemonstrantInnen und Polizei versuchten die AktivistInnen erneut, die Parade auszubremsen. Nun versuchten jedoch Familienangehörige der Militärs, sie und die anwesenden JournalistInnen mit Fäusten und Gürteln zurückzudrängen. Festnahmen wurden keine gemeldet.

So resümiert das Boulevardblatt *Nuestro Diario*, dass die Geschehnisse dieses 30. Junis ein Beweis dafür gewesen seien, wie wenig doch die Gestaltung des Friedensprozesses vorangeschritten sei, zehn Jahre nach Unterzeichnung der Friedensverträge, die dem 36 Jahre währenden Konflikt ein Ende setzten, in dem mehr als 200'000 Menschen umgekommen und verschwunden sind. Demgegenüber, so die Zeitung, herrschen bislang zwei Positionen vor, die scheinbar unvereinbar seien: „Es gibt Leute, die sich dafür aussprechen, in die Zukunft zu schauen und die schmerzvollen Ereignisse dem Vergessen zu übergeben. Die Gegenseite betont, dass es ohne Gerechtigkeit, die die Bestrafung der Verantwortlichen für die Kriegsverbrechen beinhaltet, keine wirkliche Vergebung und nationale Versöhnung geben kann.“

Dennoch scheinen die offenbare Schwäche der *Nationalen Zivilpolizei* (PNC) und die hohe Verbrechensrate zahlreiche Wahl-KandidatInnen für unterschiedliche Posten von der Notwen-

digkeit zu überzeugen, das Militär, wenn auch teilweise mit Einschränkungen bzw. unter bestimmten Bedingungen, für die Wahrung der Inneren Sicherheit auf die Strasse zu schicken. Auf verschiedenen Foren sprachen sich nicht nur VertreterInnen der *Patriotischen Partei* (PP) von General Otto Pérez Molina, sondern auch der *Nationalen Einheit der Hoffnung* (UNE) von Álvaro Colom und selbst Nineth Montenegro und Rigoberta Menchú von der Allianz zwischen *Encuentro por Guatemala* und *Winaq* für einen entsprechenden Einsatz der SoldatInnen zur Unterstützung der PNC-AgentInnen aus.

Dieser Tage wurden allerdings Zahlen veröffentlicht, die diesen Plänen keine Grundlage bieten. Im Gegenteil. Das auf die Strasse entsendete *ReservistInnen-Spezialkorps für die BürgerInnen-sicherheit* (CERSC) hat zum einen nicht die Erwartungen erfüllt und zum anderen Unsummen von Geldern verschlungen: In den letzten 15 Monaten, dem Zeitraum, seit das CERSC operiert, haben 7'246 Personen – laut PNC-Statistik – ihr Leben auf gewaltsame Weise verloren. In den 15 Monaten davor registrierte die PNC 6'833 Morde, 413 oder auch 6% weniger. Gleichzeitig flossen in Gehälter und Funktionieren des CERSC, das aus 3'000 MilitärreservistInnen zusammengestellt ist, insgesamt 226,4 Mio. Quetzales (ca. US-\$ 30,2). Dazu kommen Q 29 Mio., die das Verteidigungsministerium von seinem Etat beigesteuert hat und 36 Mio. des Ministeriums für die Ausrüstung.

## Schwere Zeiten für den Zirkus

**Guatemala, 6. Juli.** Die ZirkuskünstlerInnen von Guatemala protestierten bereits Ende Mai gegen die Billigung eines Gesetzes im Kongress, welches erlaubt, dass ausländische Schauspieler in den Departements auftreten dürfen. Bislang waren die ländlichen Gebiete sicheres Terrain für die guatemaltekeischen Zirkusunternehmen.

Durch die jetzt entstehende Konkurrenzsituation sehen sich die nationalen KünstlerInnen in ihrer Existenz angegriffen, entbehren sie doch sowohl staatlicher Unterstützung als auch der nötigen Ausrüstung, um weiterhin für das Publikum attraktiv genug zu sein.

Während sie sich von den Autoritäten verraten fühlen, da sie noch nicht einmal moralische Beistand von diesen bekämen, ist der Kongressabgeordnete Leonel Soto Arango von der *Einheit der Nationalen Veränderung* (UCN), der den Gesetzesvorschlag eingereicht hatte, der Ansicht, dass die Zirkusse schlicht lernen sollten, sich dem freien

Wettbewerb zu stellen.

Bereits wenige Wochen später sind die ZirkusvertreterInnen dieser Tage erneut auf bestimmte Kongressabgeordnete zugekommen, um diese um Unterstützung zu bitten, da es bereits zu einer Reihe von Anomalien gekommen sei und mexikanische Zirkusse illegal auftreten, ohne dass die Autoritäten sie entsprechend sanktionierten.

Janú López, Sekretär der *Vereinigung der Nationalen Zirkusse von Guatemala*, kritisierte gleichzeitig die Gewerkschaft der Zirkustreibenden ob nicht erfüllter Arbeit sowie das Sozialversicherungsinstitut für KünstlerInnen, das sie auch nicht unterstütze. Schliesslich leben mehr als 1'000 Personen von ihrem Engagement in einem guatemaltekeischen Zirkus.

Die aufgesuchten Abgeordneten Jorge Luis Ortega Torres und Roberto Alfaro von der Transparenz-Kommission sagten López zu, Untersuchungen in Bezug auf die Anzeigen einzuleiten.

## Widersprüche in Izabal

**Guatemala, 28. Juni.** Indigene AktivistInnen fürchten, dass es zu Konflikten zwischen den Q'eqchí-Gemeinden kommen wird, jetzt, wo der Billigungsentscheid des Umweltministeriums (MARN) in Bezug auf den fünften Teil der Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) bekannt gemacht wurde, der der *Guatemaltekischen Nickelkompanie* (CGN) grünes Licht gibt für den Start der Abbauarbeiten in El Estor Izabal. Anfang Dezember letzten Jahres hatte der *Nationale Rat für Naturschutz* (CONAP) in seinem Gutachten noch die Empfehlungen abgegeben, die Vorhaben aufgrund der bisherigen UVP nicht zuzulassen. (siehe ¡Fijáte! 374)

Arnoldo Yat von der Q'eqchí-Defensoría kritisierte die fehlende Transparenz des guatemaltekischen Staates in Bezug auf den Entscheidungsprozess, was bereits zu gewalttätigen Konflikten zwischen den BewohnerInnen der Region geführt hat. Ganz zu schweigen von den gewalttätigen Räumungsaktionen zahlreicher Dörfer zur Jahreswende (siehe ¡Fijáte! 379), währenddessen das Unternehmen Zeit gewinnt, die Arbeiten vorzubereiten.

Laut Yat umfasst das CGN-Gelände 248 km<sup>2</sup>, die aufgeteilt und rechtlich auf verschiedene Personen registriert sind, was es der Firma erleichtert, die Abbaugenehmigungen zu erhalten. Von der Regierung wird sie dabei unterstützt, die somit einschneidend in die territoriale Souveränität der Q'eqchís eingreift, so der Koordinator der Defensoría. Die rund 50 betroffenen Gemeinden haben dabei schon längst zahlreiche Dokumente vorbereitet, unterschrieben und gestempelt, in denen sie die Aktivitäten der in der Region sondierenden Unternehmen CGN, *Nicromet* und der Firma mit dem fast zynisch klingenden Namen *Mayanikel* zurückweisen. Doch selbst der Bürgermeister von El Estor mache eher den Anschein, Angestellter der Minenunternehmen zu sein, anstatt sich um das Wohl seiner Gemeinde zu scheeren.

Auch die Kongressabgeordneten enttäuschten die Gemeinden mit ihrer Gleichgültigkeit angesichts der Sorgen der Betroffenen. So liegt für viele BewohnerInnen die Vermutung nahe, dass die Regierung mit den transnationalen Unternehmen unter einer Decke steckt.

Die kürzlich vom MARN akzeptierte Umweltverträglichkeitsprüfung in Sachen Nickelabbau durch die CGN wurde auf einem Gelände von 7 km<sup>2</sup> durchgeführt und füllt 4'000 Seiten Bericht. Die-

ser wird der Bevölkerung gerade einmal eine Woche vom Ministerium zur Einsicht zur Verfügung gestellt. In dieser Zeit soll das Dokument durchgesehen, in den betroffenen Dörfern bekannt gemacht und relevante Anmerkungen eingereicht werden.

Bereits seit einiger Zeit wurden lokale Diskussionen und Rundtische organisiert, an denen die Bevölkerung, die Regierung und das Unternehmen teilnahmen. Nichtsdestotrotz bleibt die Unzufriedenheit bei den AnwohnerInnen bestehen, denn es gibt keine rechtliche Sicherheit hinsichtlich des Geländes, das angeblich der CGN gehört, was diese mit den Räumungsangriffen untermauern wollte.

Die Q'eqchí-Gemeinden warten noch auf die offizielle Benachrichtigung, dass der Nickelabbau losgehe. Ihr ablehnender Standpunkt stützt sich derweil auf externe Untersuchungen von Umweltorganisationen, die die Folgen der geplanten Arbeiten eindeutig für schädlich befinden, sowohl für Gesundheit und Entwicklung der Bevölkerung als auch für den Schutz der Naturressourcen.

Regina Rivera, Pressesprecherin des Nickelunternehmens, informierte unterdessen, dass es neben dem Bau der vorgesehenen Metallaufbereitungsanlage in El Estor auch ein Elektrizitätswerk geben soll. Um frühere Befürchtungen zu entkräften, versicherte sie, dass das dafür benötigte Material und die Ausrüstung über die vorhandenen Strassen transportiert werden und nicht über den Río Dulce. Auch der Annahme des immensen Wasserverbrauchs zum Nulltarif für das Unternehmen versuchte sie den Wind aus den Segeln zu nehmen mit der Ankündigung, dass die CGN gedanke fortschrittliche Technologie einzusetzen zur Kühlung des Wassers in einem geschlossenen Kreislauf, so dass der Izabal-See nicht verschmutzt werde.

Während einerseits in El Estor und Umgebung also mit Spitzentechnologie die Naturressourcen aus der Erde geholt und auf den internationalen Markt gebracht werden, leben an den Bergabhängen der Sierra Santa Cruz, ebenda in El Estor und Livingston, mehr als 100 Familien in 26 Gemeinden: Ohne fließend Wasser, Stromversorgung, Gesundheitsposten oder gar Schulen. Zur nächsten Stadt, El Estor, laufen die BewohnerInnen rund zwei Stunden zu Fuss von La Llorona aus, dem nächsten Dorf, und 14 Stunden, wenn sie in der entlegendsten Gemeinde, Salaucté, leben. Es gibt keine

Strassen oder befestigte Wege.

Und zugleich stehen sie, wie viele andere Gemeinden im Departement Izabal und andernorts, vor der Aussicht, ihre Dörfer verlassen zu müssen. In diesem Fall wollen die Bürgermeister und Kongressabgeordneten das Land an Holz- und Minenunternehmen in Konzession geben. Die mangelnde Versorgung mit grundlegender Infrastruktur der Dörfer stellt dabei ein billiges Mittel dafür dar, die Bevölkerung zum Wegzug zu bewegen.

Grundsätzlich sind die AnwohnerInnen nicht unbedingt dagegen, ein Gelände zu räumen, vorausgesetzt, es wird ihnen ein angemessener Ersatzort und weiterführende Unterstützung zur Verfügung gestellt. So firmierten nun die BewohnerInnen der Gemeinde El Zapote, El Estor, mit den Autoritäten ein Dokument, das den Auftakt für die Verhandlungen über die Umsiedlung von 52 Familien aus dem Kerngebiet der Sierra de las Minas darstellt.

Doch auch die Praxis der gewaltsamen Räumungen wird weiter angewendet. So wurden noch Mitte Juni in der gleichen Region, in den Gemeinden San Isidro und San Antonio las Minas, Izabal, die Wohnhäuser der Bevölkerung in Brand gesetzt. Timoteo Mendéz, einer der BewohnerInnen und Fachkraft beim Naturschutzrat CONAP, der an den vorherigen Verhandlungen teilnahm, in denen über die Umsiedlung der Familien diskutiert wurde, berichtete, dass Spezialkräfte der *Nationalen Zivilpolizei* (PNC) überraschend beim Patronatsfest von San Antonio auftauchten und ohne Verlesung irgendeiner richterlichen Anordnung das Feuer legten: „Es tat weh mit anzusehen, wie die Polizei unsere Häuser angezündet hat mit dem wenigen, was wir besitzen und der Ernte von Mais und Bohnen, während niemand des Dorfes sich zur Wehr gesetzt hat.“ Der lokale Vertreter des Menschenrechtsprokurats (PDH), Herculano Pop, erhielt anschliessend die Information, dass einige Familie die Nacht nach der Räumung auf dem Feld im Regen verbracht haben.

Weder auf die eine noch auf die andere Weise wird der historische Landkonflikt der Region so bald gelöst werden, sind doch erst kürzlich 127 Jahre alte Dokumente aufgetaucht, die nachweisen, dass sowohl GrossgrundbesitzerInnen wie BäuerInnen als legale BesitzerInnen im Register eingetragen sind und unklar ist, wer die älteren Rechte einfordern kann.